



## FEDE FÜR EIN JA ZUR PENSIONS KasSENREFORM

**Nach hitzigen Debatten innerhalb ihrer Organe haben die FEDE und die ihr angeschlossenen Berufsverbände entschieden, das Reformprojekt des Staatsrats zu unterstützen. Sie rufen die Bevölkerung dazu auf, am 29. November für die Reform der Pensionskasse des Staatspersonals des Kantons Freiburg zu stimmen. Es handelt sich um eine äusserst wichtige Vorlage, nicht nur für das Freiburger Staatspersonal, sondern auch für die Qualität der für die Freiburgerinnen und Freiburger erbrachten Dienstleistungen.**

Die FEDE und ihre Mitgliedsverbände haben lange mit dem Staatsrat verhandelt, bis der zur Abstimmung vorliegende Reformentwurf unter Dach und Fach war. Mit diesem Reformentwurf können die Rentenverluste im Alter von 64 auf 9,5% beschränkt werden. Ohne die von der FEDE im Laufe der Verhandlungen durchgesetzten Verbesserungen hätte sich dieser Verlust auf fast 16% belaufen.

Die FEDE und ihre Mitgliedsverbände haben deshalb entschieden, den Vorschlag des Staatsrats zu unterstützen. Sie sind der Ansicht, dass bei den Verhandlungen das Maximum herausgeholt wurde, und befürchten, dass sich die Lage für die Arbeitnehmenden im Falle einer Ablehnung am 29. November nur verschlechtern würde. Für den Fall der Ablehnung der Vorlage hat das Aufsichtsorgan der PKSPF vom Pensionskassenvorstand bereits einen neuen Finanzierungsplan gefordert, der zwingend am 1. Januar 2022 in Kraft treten muss. Dieser

Plan wäre eine rein technische Reform mit auf das Mindeste reduzierten Übergangsmassnahmen. Sie könnte Rentenverluste von über 25% nach sich ziehen.

Die Debatten innerhalb der Organe der FEDE waren intensiv, doch schliesslich hat die Delegiertenversammlung mit grosser Mehrheit beschlossen, den Reformentwurf zu unterstützen. Der heute vom Staatsrat unterbreitete Vorschlag ist ausgewogen, weil er den Grundsatz der Mitfinanzierung einhält. Das Personal leistet seinen Beitrag in Form einer Beitragserhöhung von 1%, zusätzlich zu den Rentenverlusten, welche die Reform mit sich bringen. Es ist daher nur richtig, dass der Staat als Arbeitgeber ebenfalls beiträgt, indem er sich an der Finanzierung der Revision beteiligt. Das steht nun im Mittelpunkt der Abstimmungsvorlage vom 29. November (siehe Kasten).

Im Juni hat der Grosse Rat den Entwurf mit grosser Mehrheit gutgeheissen und damit das im Reform-

vorschlag des Staatsrats erzielte Gleichgewicht gewürdigt.

### ENTSCHEIDUNG ÜBER DEN ÖFFENTLICHEN DIENST VON MORGEN

Bei der Abstimmung sollte das Freiburger Stimmvolk nicht vergessen, dass das Personal des öffentlichen Dienstes ein grosses Verantwortungsbewusstsein gezeigt hat, indem es bereit ist, zur Rettung der Pensionskasse ein grosses Opfer zu erbringen. Dem Personal ist vollkommen bewusst, dass es mit der langfristigen Sicherstellung der Pensionskassenfinanzierung dazu beiträgt, die typisch Freiburger Dienstleistungsqualität zu bewahren.

Nicht zuletzt hat die Corona-Krise, die wir gerade durchlaufen, bewiesen, dass sich die Freiburger Bevölkerung auf ihren öffentlichen Dienst verlassen kann. Das grosse Engagement der Staatsangestellten während der Pandemie hat unserer Gesellschaft ermöglicht, der Krise zu trotzen. Das Pflegepersonal, die Polizei, das Lehrpersonal, die Verwaltungsbehörden, welche für die finanzielle Unterstützung der Bevölkerung und der Unternehmen zuständig sind – alle haben schnell reagiert, um bedingungslos für die Bevölkerung da zu sein.

Die FEDE hat daher entschieden, diese Personen, die sich täglich für die Freiburgerinnen und Freiburger einsetzen, in den Mittelpunkt ihrer Kommunikation zur Abstimmungskampagne zu stellen. Sie zeigt der

Bevölkerung die «Gesichter des öffentlichen Dienstes».

Die Qualität des öffentlichen Dienstes in unserem Kanton ist unbestritten und es ist wichtig, dass das Personal auch weiterhin mit dem beruhigenden Gefühl arbeiten kann, dass seine Zukunft gesichert ist. Eine Pensionskassenreform ohne Beitrag des Arbeitgebers wäre eine Katastrophe. Sie würde für das Staatspersonal Sorgen und Unsicherheit bedeuten, was für die Dienstleistungsqualität nicht förderlich wäre. Die im Falle einer Ablehnung prognostizierten Rentenverluste würden den Staat als

Arbeitgeber unattraktiv machen, insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen sowie bei den Ordnungskräften. Mit der Befürwortung der Reform wird einem Personal-mangel in Schlüsselbereichen der Dienste für die Bevölkerung vorgebeugt.

**Aus allen diesen Gründen und nach einer sorgfältigen Abwägung der Risiken empfehlen die FEDE und ihre Organe allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dringend, den Vorschlag des Staatsrates zu unterstützen, und der Bevölkerung, mit ihrer Stimme für die Sicherung der Qualität des öffentlichen**

### Dienste einzustehen.

Nach der Abstimmung werden die FEDE und ihre Organe die Arbeit fortsetzen. Die Rentenverluste haben grosse Auswirkungen auf das Pensionierungsalter. Es müssen daher Lösungen für Berufe gefunden werden, deren Beschwerlichkeit offiziell anerkannt ist, sowie für die Polizistinnen und Polizisten, deren gesetzliches Rentenalter bei 60 Jahren liegt. Die FEDE und ihre Mitgliedsverbände werden sich also weiter dafür einsetzen, dass die Reform zu keiner gesundheitlichen Beeinträchtigung der Staatsangestellten führt.

## LANGFRISTIGE STÄRKUNG DER FINANZIERUNGSSTRUKTUR

Die PKSPF ist mit der steigenden Lebenserwartung und mit sinkenden Finanzerträgen konfrontiert. Der neue Vorsorgeplan soll die Finanzierungslücke der Kasse schliessen. Als wichtigste Änderung der Reform wird per 1. Januar 2022 das Leistungsprimat durch das Beitragsprimat abgelöst, ein System, das von den meisten öffentlichen Pensionskassen in der Schweiz verwendet wird.

Der Übergang führt zu einem deutlichen Sinken der vom versicherten Personal zu erwartenden Renten. Damit die Auswirkungen des Primatwechsels abgedeckt werden, sieht der neue Plan einerseits eine Erhöhung der Beiträge für die berufliche Vorsorge zulasten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor, andererseits Kompensations- und Übergangsmassnahmen in Höhe von

380 Millionen Franken. Der Staatsrat sieht vor, dass 330 Millionen des Staates in diese Massnahmen fliessen. Der Restbetrag wird von den externen Institutionen übernommen. Dank dieser Massnahmen können die Rentenverluste der Versicherten ab 45 bei einem Referenzalter von 64 auf ein Maximum von 9,5% beschränkt werden, solange auf den Rentenkonten der Versicherten ein Zins von 2,5% gutgeschrieben werden kann. Jüngere Versicherte haben die Zeit, ein Alterskapital zu bilden, dank dem sie einst ähnliche oder sogar bessere Leistungen erzielen können, als sie im aktuellen Plan vorgesehen sind. Die Staatsangestellten haben zudem die Möglichkeit, ihre Rentensituation zu verbessern, indem sie freiwillig höhere Beiträge leisten.

# GESICHTER

DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES



# GESICHTER

DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

---

PRESSEKONFERENZ

14.10.20



**KONTAKT**

Bernard Fragnière  
Gaétan Emonet

079 707 18 39  
079 607 95 52

**FEDE**



**SARA SELMI**  
**ANÄSTHESISTIN**  
**FREIBURGER SPITAL HFR**

**PERSONALVERTRETERIN IM VERWALTUNGSRAT DES SPITALS**

# "IN UNSERER GESELLSCHAFT MÜSSEN WIR UNS GEGENSEITIG UNTERSTÜTZEN UND HOCHZIEHEN"

**Das Staatspersonal stand während der Corona-Krise an der Front. Seine Arbeit wurde von der Bevölkerung sehr begrüsst. In der Serie «Gesichter des öffentlichen Dienstes», die wir heute mit Sara Selmi eröffnen, übergeben wir jeweils das Wort einer Vertreterin / einem Vertreter des Service public. Sara Selmi ist Anästhesistin am HFR und Personalvertreterin im Verwaltungsrat des Spitals. Das Interview fand ein paar Tage nach den ersten Lockerungen der Corona-Massnahmen statt.**

## Wie haben Sie diese Krise persönlich und gemeinsam mit dem Personal des HFR erlebt?

Ich bin Pflegefachfrau mit Spezialisierung in Anästhesie – unsere Leistungen wurden stark in Anspruch genommen. COVID hat dazu geführt, dass wir die geplanten Operationen auf Eis legen und auf der Intensivstation aushelfen mussten. Die Anästhesistinnen und Anästhesisten verfügen über eine sehr solide Ausbildung und besitzen die notwendigen Fähigkeiten, um sich um intubierte Personen mit schweren Erkrankungen und vielen Komplikationen zu kümmern, wie es bei den COVID-Erkrankten der Fall war.

Das Anästhesie-Team hat also seinen gewohnten Arbeitsbereich verlassen, um in einem ganz anderen Gebiet einzuspringen. Dies war sehr verunsichernd, aber wir haben uns angepasst: an den speziellen Rahmen mit den Patientinnen und Patienten auf der Intensivstation, an den Stress, die Angst ... Nun galt es, mit neuen Teams zusammenzuarbeiten und insbesondere die Unsicherheit zu bewältigen.

Bei Notfällen habe ich parallel dazu weiterhin noch in der Anästhesie gearbeitet. Ich hatte also verschiedene Arbeitszeitmodelle und viele Nachtschichten. Das war natürlich eine sehr ermüdende Zeit. Wir waren wirklich an der Front.

## Wie fühlen Sie sich heute, zum Zeitpunkt, da die Spitze der Krise vorüber scheint?

Ich bin sehr erleichtert, dass wir diese Zeit hinter uns haben, aber wir sind alle sehr müde. Auch wenn wir weit Schlimmeres erwartet hatten, war die Welle anstrengend, mit permanenter Anspannung und sehr grosser Notwendigkeit, sich anzupassen. Jetzt nehmen wir die normalen Tätigkeiten wieder auf, ohne zwischen der Krise und der Wiederaufnahme unserer eigentlichen Arbeit die Zeit gehabt zu haben, uns auszuruhen. Das ist echt schwierig. Darin sind sich im Spital alle einig. Ich war erstaunt darüber, die Menschen, die ich als sehr robust und stabil erlebt hatte und die sich nie beklagt hatten, vor Müdigkeit weinen zu sehen.

Aber es herrscht auch eine starke Solidarität und viel Freude: Wir sind zusammengewachsen, wir haben uns gegenseitig geholfen. Wir haben in dieser Zeit sehr viel gelernt. Es gab unglaublich viel Solidarität und Hilfe. Auch die Ärztinnen und Ärzte sehen uns aus einem anderen Blickwinkel und zeigen viel mehr Anerkennung für unsere Arbeit.

## Es scheint, niemand möchte mehr Ihren Ausstieg aus dem StPG. Denken Sie, dass sich die Sichtweise auf Ihre Arbeit verändert hat?

Ja, da bin ich überzeugt. Das Pflege-

personal ist das Gerüst des Spitals und in einer solchen Krise werden sich alle dessen bewusst. Es ist das Fachpflegepersonal, das sich um die Versorgung der Patientinnen und Patienten kümmert und in deren unmittelbarer Nähe arbeitet. Was ich seit 20 Jahren beobachte, ist, dass es die Pflegenden, die Hilfspflegenden, die Putzkräfte, die Menschen in der Küche sind, die das Spital am Laufen halten.

Es wäre also für alle – für die Politik, die Direktion und die Bevölkerung – ein Risiko, uns aus dem StPG zu nehmen. Der Verlust an Attraktivität dieses Berufs würde weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen; nicht nur, was die Personalknappheit angeht, sondern auch rein finanziell. Studien zeigen, dass die Spitäler, wenn sie die von Pflegefachpersonen geleistete Versorgung oder die Anzahl der Pflegefachpersonen pro Patient/in herabsetzen – sei es auch nur für wenige Stunden – sehr schnell mehr Geld verlieren, als sie dabei beim Personal einsparen. Gut ausgebildetes Personal erlaubt also den Spitalern zu sparen.

Diese Krise zeigt insbesondere, welche Schlüsselrolle die Personen spielen, die unseren Gesundheitsberuf ausüben. Unsere Berufe sind in den Mittelpunkt gerückt. Die Medien haben ihnen viel Aufmerksamkeit geschenkt. Die Bevölkerung konnte sich ein besseres Bild von der essenziellen Rolle des Pflegepersonals in den Spitalern machen.

Die Debatten über den StPG oder das Streikverbot haben viele von uns schockiert. Sie zeigen die mangelnden Kenntnisse über unsere Arbeit und unsere Werte ... Natürlich sind «Krankenschwestern» keine Nonnen mehr, aber geblieben ist, dass wir niemals einen Kollegen/ eine Kollegin oder einen Patienten/ eine Patientin im Stich lassen. Wenn das

Pflegepersonal weiterhin gering-schätzt wird, ist die Gefahr gross, dass es die Motivation, die es auszeichnet, verliert.

### **Sind Sie stolz auf die Arbeit Ihrer Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen Monaten?**

In der Pflege haben wir keinen persönlichen Stolz, aber wir wollen immer unsere Arbeit recht machen und in dieser Krise haben wir ganz klar die Befriedigung der verrichteten Arbeit zu Diensten von Personen, die diese benötigten. Wir haben Leben gerettet, Menschen entlastet, wir mussten Personen in den Tod begleiten.

### **Was sind heute Ihre Erwartungen gegenüber dem Staat?**

Die Dankbarkeit, die uns die Bevölkerung und die Behörden entgegengebracht haben, tut gut. Aber ich denke, dass wir konkrete Bemühungen brauchen. Wir erwarten eine bessere Reaktion auf unsere Bedürfnisse, mehr Unterstützung und eine Anerkennung unseres Berufs, die der Dauer unserer Ausbildung entspricht. Wir erwarten also ganz einfach, dass wir unterstützt und verteidigt – anstatt angegriffen – werden.

In der COVID-Krise wollte man uns zu Heldinnen machen. Aber ich bin nicht Wonder Woman. Ich hätte einfach gerne, dass dem Beruf, den ich gewählt habe und ausübe, mehr Respekt entgegengebracht wird, und somit auch der Tatsache, dass ich zu unregelmässigen Zeiten arbeite und Nacharbeit leiste, dass ich einer grossen Belastung ausgesetzt bin, dass ich ein Recht darauf habe, am Morgen nach einer Nachtschicht frei zu bekommen ... Ich hätte gerne, dass sich die Behörden und die Spitalleitung für jene Faktoren einsetzen, die es unseren Berufen erlauben, attraktiv zu bleiben, damit die Menschen weiterhin Lust haben, diesen Beruf auszuüben. Und um dahin zu kommen, ist es wirklich wichtig, dass man uns zuhört und unsere Bedürfnisse ernst nimmt.

### **Denken Sie, dass die in dieser Krise vom Gesundheitspersonal unternommenen Anstrengungen das Image des öffentlichen Dienstes verbessert haben?**

Das ist sehr schwer zu sagen. Doch ich hoffe natürlich, dass die Bevölkerung die Sanierung der Pensionskasse als Investition in eine Gesellschaft sieht, die hochwertige Pflegedienstleistungen bietet. Ich hoffe von ganzem Herzen, dass die Freiburgerinnen und Freiburger die Bedeutung der Berufe des öffentlichen Dienstes für ihre Lebensqualität verstehen.

### **Wie stehen Sie zum Kompromiss, der für die Pensionskasse gefunden wurde?**

In einer idealen Welt hätten wir uns alle gewünscht, dass der Beitrag des Staates höher ausfällt, damit wir nicht einen Teil unserer Rente verlieren. Daher verstehe ich alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich durch die Übereinkunft geprellt fühlen. Doch dann muss man die Interessen abwägen: Möchten wir wirklich, dass der Staat einen Betrag vorschlägt, der die Zustimmung des Grossen Rats und der Bevölkerung verunmöglicht? Die Debatten und die klare Annahme durch den Grossen Rat – mit einer überdeutlichen Mehrheit (Anm. d. Red. : 93 Ja-Stimmen gegenüber 7 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen) – haben gezeigt, dass die Lösung des Staatsrats für ausgewogen befunden wurde. Das war ein wichtiges Zeichen im Vorfeld der Volksabstimmung.

### **Wie gehen Sie vor, um die Bevölkerung zu überzeugen?**

Ich glaube, dass wir die Bevölkerung weiter über die Wichtigkeit der Pflegeberufe für ihre Gesundheit informieren müssen. Geraten die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals unter Beschuss, wird es zu einem grossen Personalmangel kommen. Das ist eine Tatsache. Bereits heute verlässt ein grosser Teil des ausge-

bildeten Pflegepersonals schon nach fünf Jahren die Pflege. Irgendwann wird die Direktion des HFR Schwierigkeiten haben, qualifiziertes Personal zu finden. Das wird eine Katastrophe für das Gesundheitssystem.

Die Pensionierungsbedingungen tragen massgeblich zur Attraktivität eines Berufs bei. Auch wenn das Pflegepersonal, wie ich schon gesagt habe, sich ausserordentlich einsetzt, so kann man nicht seine Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern und hoffen, dass es aus reiner Aufopferungsbereitschaft und ohne Rücksicht auf die eigenen Interessen und die eigene Gesundheit weiterarbeitet.

Um das Personal in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes bei der Stange zu halten, muss man in die Zukunft investieren. Für die Pensionskassenvorlage zu stimmen, ist eine solche Investition. Damit sparen wir mittel- und langfristig öffentliche Gelder! Wir befinden uns in einer Konkurrenzsituation zwischen den Spitalern. Wenn wir unser ausgebildetes Personal verlieren, müssen wir woanders neues suchen. Entweder sind die Kosten für dieses Personal höher oder wir finden keines, was wiederum – wie bereits vorher erklärt – zu viel höheren Kosten für das Spital führt.

Schliesslich bin ich auch der Ansicht, dass wir in unserem Land mehr Solidarität zeigen und nicht mehr ständig den öffentlichen Sektor dem privaten gegenüberstellen sollten. Wir bitten heute um die Unterstützung der Bevölkerung bei dieser Abstimmung. Während der Corona-Krise haben wir keine Sekunde gezögert, für genau diese Bevölkerung da zu sein.

Niemand von meinen Kolleginnen und Kollegen würde zögern, wenn es darum ginge, Forderungen bezüglich Arbeitsbedingungen des Personals in der Privatwirtschaft zu unterstützen. In unserer Gesellschaft müssen wir uns gegenseitig unterstützen und hochziehen und hochziehen. Niemand gewinnt, wenn Arbeitsbedingungen in Frage gestellt werden. ■



**BÉNÉDICT TERCIER**

**STELLVERTRETENDER CHEF DER JUGENBRIDADE  
KANTONSPOLIZEI FREIBURG**

**MITGLIED DER ASSOCIATION DU PERSONNEL DE LA POLICE DE SURETÉ (APPS)**

## "REGIERUNGSANGESTELLTE BRINGEN EIN GROSSES OPFER"

**Bénédict Tercier arbeitet bei der Kriminalpolizei des Kantons Freiburg und engagiert sich beim Personalverband für die Arbeitsbedingungen der Polizeiangestellten. Er blickt auf die Corona-Krise zurück und beschreibt die Herausforderungen der Pensionskassenreform.**

### **Wie erlebten Sie und die Angestellten bei der Polizei die Corona-Krise?**

Unsere Leistungen waren sehr stark gefordert, denn gehört die Polizei zu den einzigen Diensten, die rund um die Uhr arbeiten. Wir leisteten in vielen Bereichen Unterstützung und arbeiteten in mehreren Task Forces

mit. Auch beteiligten wir uns an der Betreuung von Familien, deren Angehörige am Coronavirus erkrankten, und führten Menschen durch die zu unternehmenden Schritte und zu den Kontaktstellen. So arbeiteten wir zu 100 % im Dienst der Bevölkerung. Das alles mussten unsere Kollegen

zusätzlich zu ihren täglichen Polizeiaufgaben bewältigen. Ausserdem wurde in dieser besonderen Zeit sogar ein Mordfall aufgeklärt.

### **Also eine soziale Aufgabe...**

Ja, darauf legten wir den Schwerpunkt. Wir unterstützten auch die Kontrolle der Einhaltung Social-Distancing-Regeln und entlasteten die Gewerbepolizei bei Kontrollen in den Geschäften, Unternehmen und auf den Baustellen. Auch der Kantonale Führungsstab (KFS) und der Kantonsarzt erhielt unsere Unterstützung.

Parallel dazu organisierten wir die rechtlichen Aufgaben neu und setzten häufigere Pikettdienste ein, um unsere Arbeit fortzusetzen und die grundlegende Sicherheit im Kanton zu gewährleisten.

Es war eine sehr spezielle Zeit. Wir mussten noch flexibler sein als sonst und es galt eine Null-Fehler-Toleranz.

### **Was haben Sie aus diesen Ereignissen über Ihre Rolle gelernt?**

In unsicheren Zeiten und Krisen wird uns viel mehr bewusst, wie stark sich die Bevölkerung auf Polizei, Pflegepersonal und Lehrpersonen verlässt. Jeder von uns erledigte seine Arbeit mit viel Herzblut und so perfekt wie nur möglich.

Wir mussten uns zuversichtlich zeigen. Da wir an vorderster Front tätig sind, stellt man uns Fragen. Während der Krise richteten wir zur Unterstützung der offiziellen Nummer des Kantons eine zusätzliche Hotline ein. Wenn sich die Leute Sorgen machen, rufen sie natürlich die Polizei an! Und die Polizei für sie da.

### **Wie fühlen sich die Polizeiangestellten heute?**

Wir bleiben sehr vorsichtig. In den Pflegeheimen sind neue Herde entstanden, die die Spitäler an ihre Kapazitätsgrenze bringen. Ganze Schulklassen mussten in Quarantäne – wir sind noch nicht über den Berg. Deshalb gilt es wachsam zu bleiben.

### **Wie ist das Feedback aus der Bevölkerung zu Ihrer Arbeit während der Krise?**

Die Leute wissen ganz genau, dass die öffentlichen Dienste auf eine noch nie dagewesene Krise vom ersten Tag an reagiert und vollen Einsatz geleistet haben. Das hat sicherlich das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei verstärkt. Die Menschen, die wir in dieser Zeit betreuten, konnten jederzeit auf uns zählen. Das hat auch uns mehr Selbstvertrauen gegeben. Wir sind

sehr zufrieden damit, wie wir auf die Notsituation reagieren konnten und die Polizeiangestellten sind der Ansicht, ihrer Aufgabe nachgekommen zu sein.

### **Am 29.11.2020 muss sich die Freiburger Bevölkerung für oder gegen die Reform der Pensionskasse aussprechen. Wie beurteilen Sie den Kompromiss aus Sicht der Polizei?**

Wir sind nicht gerade euphorisch über ein Projekt, das dem Staatspersonal bis zu 10 % seiner Rente kosten kann. Doch uns ist bewusst, dass durch diesen Kompromiss noch Schlimmeres verhindert werden kann. Die Reformmassnahmen sind unumgänglich, denn das Gesetz zwingt uns dazu; da kommen wir nicht darum herum. Jeder muss also seinen Teil dazu beitragen.

Wissen Sie, wir Polizisten sind nicht naiv. Wir wissen, dass wir für bestimmte Teile der Bevölkerung als verwöhnte Beamtinnen und Beamte gelten. Das wird am 29. November für den Ausgang mitbestimmend sein. Und das ist auch der Grund, weshalb die Polizeikorpsmitglieder sich für den Kompromiss ausgesprochen haben: Sie akzeptieren, dass sie durch eine Rentenkürzung ihren Teil des Opfers tragen müssen. Die Bevölkerung muss begreifen, dass die Staatsangestellten durch die Inkaufnahme einer erheblichen Rentenkürzung ein grosses Opfer bringen, um die Rekapitalisierung der Pensionskasse möglich zu machen.

Zudem ist unsere Situation eine besondere: Die Rentenverluste treffen uns aufgrund unseres Sonderstatus gleich doppelt. Wir sind gezwungen, bereits mit 60 Jahren in Rente zu gehen. Bisher konnten wir uns aufgrund der anerkannten erhöhten Belastung der Polizeiarbeit ohne Rentenkürzung mit 60 Jahren pensionieren lassen. Dieser Sonderstatus ist nach der Reform nicht mehr gewährleistet.

Deshalb fallen die Einbussen bei der

Polizei höher aus als beim übrigen Staatspersonal. Wenn die Bevölkerung zum vernünftigen, vom Regierungsrat vorgeschlagenen Kompromiss ja sagt, muss dieser Sonderfall noch separat verhandelt werden. Die FEDE hat stets betont, dass sie den Kompromiss zwar akzeptiert, doch für Mitarbeitende mit erhöhter Belastung oder mit niedrigem Einkommen weiterkämpfen will.

### **Wie äussern Sie sich in Ihrem Umfeld, um die Bevölkerung von einem Ja zu überzeugen?**

Trotz einiger Vorurteile uns «Beamtinnen und Beamten» gegenüber kennen die Bürgerinnen und Bürger unseres Kantons die Leistungsqualität der öffentlichen Dienste sehr genau. Sie wissen auch, dass diese Qualität von guten Arbeitsbedingungen abhängig ist, und da gehören die Altersrenten untrennbar dazu.

Die Unterschiede zwischen Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft werden zu Unrecht so stark betont. Wir alle haben ein Interesse daran, für sämtliche Angestellte in unserem Land faire Arbeitsbedingungen zu wahren. Das ist der soziale Kitt, der den Erfolg der Schweiz sichert.

In gut funktionierenden Gesellschaften arbeiten Bildung, Pflege und Sicherheit Hand in Hand. Auf diesen drei Grundpfeilern lässt sich eine Gesellschaft aufbauen. ■





**NADINE THALMANN**

**PRÄSIDENTIN DER LEHRERINNEN UND LEHRER DEUTSCHFREIBURG (LDF)**

## "EINE SANIERUNG IST NOTWENDIG"

**Nadine ist Lehrerin. Zusammen mit dem LDF – Lehrerinnen und Lehrer Deutschfreiburg engagiert sie sich für die Verteidigung der Arbeitsbedingungen von Lehrpersonen im Kanton Freiburg. Sie berichtet über ihre Erfahrung während der COVID-Krise und beschreibt die mit der Reorganisation der Pensionskasse verbundenen Herausforderungen.**

### **Wie haben Sie die Coronavirus Krise in Ihrer Schule erlebt?**

Ich erinnere mich noch sehr gut an diesen 13. März: Ich war am Nachmittag mit meinen Schülern für eine Turnlektion in der Turnhalle. Per Zufall habe ich meine SMS-Nachrichten gelesen. Und plötzlich hiess es: Die Schulen schliessen. Als Lehrerinnen und Lehrer wurden wir nicht im Voraus informiert. Ich bin also mit der ganzen Klasse sofort wieder ins Schulhaus gegangen. Wir hatten keine Ahnung, was uns erwartet. Die Schulleitung hat empfohlen, alles mitzunehmen: Bücher, Hefte... Wir wussten noch nicht, wie es in den nächsten Wochen weitergeht. Für mich,

war es besonders schwierig, nicht zu wissen, wie lange die Schulen schliessen und wie ich mit meinen Schülern in Kontakt bleiben kann.

Nach der Schliessung war es zunächst ruhig, weil wir uns überlegen mussten, wie wir diese Krise managen. Die Schwierigkeit lag darin, dass wir nicht wussten, was uns bevorsteht. Es war aber doch schon klar, dass es über eine längere Zeit gehen würde. Mein Glück war, in einer sehr gut organisierten Schule mit einem sehr guten Teamzusammenhalt zu arbeiten. Wir haben uns getroffen und zusammen entschieden, wie wir vorgehen. Wir erstellten unseren Plan und legten fest, wie wir uns für Unterstufe, Mittelstufe und Oberstufe

organisieren. Wir haben zum Beispiel zusammen beschlossen, welche Aufgaben wir geben und wieviel. Zusammen zu entscheiden, was wir machen und wie wir vorgehen, hat sehr viel Druck aus der Situation genommen. Ich war sehr dankbar, dass nicht jeder auf sich alleine gestellt war.

### **Wie hat die Schule aus der Ferne dann konkret funktioniert?**

Wir haben uns für einen Plan entschieden, den jeder Schüler zu Hause erhielt und in dem die Aufgaben erklärt sind. Wir hatten auch das Glück in unserer Schule, dass wir schon eine eingerichtete Cloud zur Ablage unserer Dokumente hatten, so dass die Schüler einige von dort herunterladen konnten. Es schien uns wichtig, ein Minimum an Videokonferenzen anzubieten. Nicht, dass die Schüler nur Arbeitsblätter von uns per Post bekommen, sondern dass wir uns auch sehen und miteinander austauschen können. Wir haben deswegen die Videokonferenz eingesetzt, je nach Fach, wo nötig und wo möglich.

Es war eine grosse Herausforderung:

In kurzer Zeit mussten wir Know-how im Bereich IT entwickeln. Wir haben verschiedene Apps getestet und überlegt, wie wir die Online-Treffen gestalten. Wir haben das für die Schüler einfachste Tool ausgewählt. Danach haben wir den Familien einen Brief geschickt und zu festen Online-Terminen eingeladen. Wir haben persönlichen Kontakt mit all jenen aufgenommen, die es nicht schaffen. Es hat gut funktioniert, denn alle unsere Schüler konnten an diesen Videokonferenzen teilnehmen.

### **Inwiefern hat die Krise Ihre Rolle deutlich gemacht?**

Ich habe den Eindruck, dass die Krise gezeigt hat, dass wir nicht nur eine pädagogische Rolle spielen. Es ist zwar unsere Hauptaufgabe, aber die Schule spielt auch eine wichtige soziale Rolle. Deswegen riefen wir die Schüler persönlich und individuell an, um in Erfahrung zu bringen, wie es ihnen geht. Es war wichtig für alle, in Kontakt zu bleiben: für uns, das Lehrpersonal, aber auch für die Schüler und Eltern.

In dieser speziellen Zeit fielen die Osterferien, was für Kinder und Eltern eine Herausforderung war. Die Familien waren zwei Wochen zu Hause, ohne grosse Möglichkeit, etwas zu unternehmen. Deswegen haben wir ein paar lustige Aufgaben angeboten, die alle fakultativ blieben und zur Unterhaltung dienten. Dafür haben wir eine eigene WhatsApp-Gruppe gebildet, worüber die Schüler uns Fotos, Videos oder Zeichnungen schicken konnten.

Ich habe in dieser Zeit eine ganz andere Atmosphäre mit den Eltern erlebt. Die normale Hemmschwelle, die üblicherweise zwischen Lehrern und Eltern besteht, war wie weg.

Was auch merkwürdig ist: Ich kann jetzt anders unterrichten! Ich habe bemerkt, die Schüler sind selbständiger, als man es ihnen vielleicht zutraut. Sie haben die Krise grundsätzlich gut gemeistert, so dass ich ein

bisschen offener unterrichten und Projekte offener gestalten kann. Vom Mai bis Juli durften wir keine Hausaufgaben und keine Noten geben. Ohne Noten und Hausaufgaben, so denkt man, lernen die Schüler nichts. Ich habe aber genau das Gegenteil erlebt. Es hat den Schülern den Druck genommen. Sie haben sich gefreut, wieder in die Schule zu kommen und haben aus Spass gelernt.

### **Wie haben die Eltern Ihre Arbeit während der Krise wahrgenommen?**

Es hat mich gefreut, in der Krise zu hören, dass, was wir als Lehrer machen, wichtig und gut ist. Die Krise hat in den Vordergrund gestellt, was wir alles in der Schule machen. In normalen Zeiten merken es die Leute weniger, weil sie sich nicht so intensiv damit beschäftigen müssen und zum Teil die Lehrpersonen ein schlechtes Image haben. Die Beteiligung der Familie hat unsere Arbeit und ihre Vielfältigkeit gezeigt. Es freute mich zu hören, dass die Lehrer wichtig sind! Jetzt habe ich den Eindruck, dass alle besser wissen, was wir genau leisten und hoffe, dass es dazu beiträgt, dass wir nicht nur als Ferientechniker bezeichnet werden. Generell hat die Krise deutlicher gemacht, was wir alles tun.

### **Wie ist die heutige Situation für das Lehrpersonal?**

Wir waren alle froh, dass der Präsenzunterricht wieder beginnt und dass wir zu mehr Normalität zurückkehren. Normal war es jetzt aber nicht. Die gesundheitliche Situation scheint sich zu verbessern, aber in den Schulen bleiben trotzdem grosse Unsicherheiten. Klassen oder Schulen können jederzeit wieder schliessen. Lehrpersonen können krank oder in Quarantäne sein und brauchen eine Stellvertretung. Wir müssen agil und flexibel bleiben, da der Lehrpersonen-Mangel eine Realität ist.

### **Am 29. November wird das Volk sagen, ob es das Sanierungs-**

### **projekt der Pensionskasse unterstützt. Was halten Sie von diesem Kompromiss?**

Die Lösung, die uns angeboten wird, ist natürlich unbefriedigend: Wenn wir finanzielle Verluste haben, werden wir nicht jubeln. Logisch! Aber eine Sanierung ist notwendig. Wir müssen die Pensionskasse sanieren. Dafür müssen wir einen Kompromiss eingehen. Meiner Meinung nach ist es jetzt wichtig, auch wenn man nicht zufrieden ist, oder auch wenn man diese Verluste nicht möchte, dass mit JA abgestimmt wird. Denn wenn es nicht durchkommt, wird die Lösung noch schlechter sein. Es würde für das ganze Staatspersonal noch mehr Verluste bedeuten. Ich hoffe, dass die Bevölkerung zeigt, dass sie das Staatspersonal braucht und dass sie deswegen uns mit diesem Kompromiss unterstützt. Heute ist der Kompromiss so, dass das Staatspersonal 10% weniger Rente haben wird. Sollte diese Reform nicht angenommen werden, muss eine andere Lösung gefunden werden. Diese wird mit aller höchster Wahrscheinlichkeit schlechter als die vorherige sein und kann Renteneinbussen von bis zu 25% mit sich bringen. Bei einem Ja zu dieser Abstimmung würde ich die Dankbarkeit der Bevölkerung für unseren Einsatz spüren.

### **Wie überzeugen Sie Ihr Umfeld, diesem Kompromiss zuzustimmen?**

Ich versuche immer, meine Sichtweise zu erklären. Es hat an vielen Orten Mangel an Staatspersonal. Beim Lehrpersonal auch. Heutzutage kann man die offenen Stellen kaum besetzen und Stellvertreter sind schwierig zu finden. Wenn es zusätzlich dazu noch eine weitere Hürde gibt – wie noch höhere Verluste – dann wird die Situation sehr kritisch. Eine direkte Konsequenz wäre, dass es noch mehr Mangel geben wird. Ich denke, das Volk muss sich dieses Mangels und Risikos bewusst sein. ■



**XAVIER BRANCATO**

**FLEISCHKONTROLLEURS**

**AUFTRAG DES AMTS FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT UND VETERINÄRWESEN**

**PRÄSIDENT AFCVNV**

## **"NUR DER ÖFFENTLICHE DIENST KANN EINE SOLCHE KRISE BEWÄLTIGEN"**

**Xavier Brancato ist amtlicher Fachassistent Fleischuntersuchung und arbeitet im Auftrag des Amts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen in Schlachthäusern. Er erzählt von seinem für die Lebensmittelsicherheit grundlegenden Beruf und äussert sich zu den Erwartungen der Fleischkontrolleure an die Sanierung der Pensionskasse.**

**Wie haben Sie persönlich und die anderen in Ihrem Amt die Corona-Krise erlebt?**

Bei dieser einzigartigen weltweiten Pandemie standen und stehen wir Fleischkontrolleurinnen und Fleischkontrolleure an der Front, nämlich am Anfang der Lebensmittelkette. Wir sind vor allem in den Schlachthäusern tätig, wo wir für den Schutz der Tiere zuständig sind, vor und

nach dem Tod des Tieres das Fleisch kontrollieren und für die Einhaltung der Hygienebestimmungen und der Prozesse sorgen.

Während der Pandemie haben wir unsere Arbeit im Dienst der Bevölkerung fortgeführt, damit die Ernährung sichergestellt ist.

Unser Beruf genießt bei den Behörden Anerkennung, weil wir eine beschwerliche Arbeit unter Bedingungen leisten, die nicht mit Bedingungen an normalen Arbeitsplätzen vergleichbar sind. Doch wir üben diese unverzichtbare Tätigkeit mit der Motivation und dem Verantwortungsbewusstsein aus, die notwendig sind, um die Lebensmittelsicherheit und somit auch die Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Während einer Pandemie ist unser Ansteckungsrisiko aufgrund der Arbeitsbedingungen besonders gross. Doch wir haben ohne zu zögern und mit Entschlossenheit unsere Arbeit fortgesetzt. Auch das ist Service public!

### Wie fühlen Sie sich nun, da das Schlimmste der Krise überstanden scheint?

Glücklicherweise war dank den getroffenen Sicherheitsmassnahmen niemand in unserer Branche ernsthaft gesundheitlich beeinträchtigt. Doch solange es noch keinen wirk-

samen Impfstoff auf dem Markt gibt, müssen wir in unserem Alltag vorsichtig bleiben, Vorschriften und Hygieneregeln einhalten, Abstand halten und Maske tragen.

### Denken Sie, dass die in dieser Krise unternommenen Anstrengungen das Image des öffentlichen Dienstes verbessert haben?

Ja, da bin ich mir sicher, denn die Pandemie hat der Bevölkerung bewiesen, dass nur der öffentliche Dienst eine solche Krise bewältigen kann – und das hat er erfolgreich getan. Wer kann das Gesundheitspersonal bei der Pflege der Kranken ersetzen, wer die Ordnungskräfte bei der Durchsetzung der Vorschriften oder unseren Berufsstand, wenn es darum geht, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen? Das sind natürlich nur einige Beispiele unter der Vielfalt der Berufe im öffentlichen Dienst, die während der Pandemie an vorderster Front im Einsatz standen.

### LEISTUNGSSTARKER ÖFFENTLICHER DIENST

#### Wie stehen Sie zum Kompromiss, der für die Pensionskasse gefunden wurde?

Natürlich hätten wir alle uns eine grosszügigere Reform gewünscht. Wir stimmen dem Vorschlag des Staatsrats daher halbherzig zu, weil

das Personal grosse Opfer erbringen muss und und wir uns dessen bewusst sind. Dank der Vorschläge der FEDE konnten die Rentenverluste zum Glück eingeschränkt werden.

### Könnten Sie ohne diesen Kompromiss auskommen?

Es wäre verrückt zu denken, dass der Staatsrat ein besseres Reformprojekt vorlegt, wenn das Volk am 29. November nein stimmt!

### Wie gehen Sie vor, um die Bevölkerung zu überzeugen?

Wir, die Präsidentinnen und Präsidenten der Personalverbände des Kantons, müssen die Verbandsmitglieder mobilisieren, damit sie ihre Familien und ihr Umfeld von der Wichtigkeit der Abstimmung für das gesamte Staatspersonal überzeugen. Das wäre schon ein grosser Schritt in die richtige Richtung!

Wir haben im Kanton einen sehr leistungsfähigen öffentlichen Dienst und möchten, dass es so bleibt. Die Rentenbedingungen sind wichtig für die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst – wie selbstverständlich auch in anderen Unternehmen. Die Qualität der Dienstleistungen hängt von der Kompetenz der Menschen ab, die sich tagtäglich für die Bevölkerung einsetzen. Sie verdienen gute Bedingungen. ■

## DER BERUF DER FLEISCHKONTROLLEURIN BZW. DES FLEISCHKONTROLLEURS

Die amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten Fleischuntersuchung stehen im Dienst des Amtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen. Sie sind hauptsächlich in den grossen Schlachthöfen im Kanton Freiburg im Einsatz – in Courtepin (Micarna) für Schweine und Geflügel und in Estavayer-le-Lac (Marmy) für Rinder. Doch sie arbeiten auch in den kleinen Schlachthäusern im Kanton. Viele Fleischkontrolleurinnen und Fleischkontrolleure gehören auch dem kantonalen Interventionsteam im Fall von Tierseuchen an. Ihre Rolle besteht bei jeder Tätigkeit darin, die Einhaltung der Gesetze und Verordnungen zu überwachen, damit die Lebensmittelsicherheit für die Bevölkerung gewährleistet ist.

98% bis 100% des Fleisches geben die Kontrolleurinnen und Kontrolleure täglich zum Konsum frei, was rund 142 000 Tieren entspricht (ca. 600 Rinder, 1600 Schweine und 140 000 Hühner täglich). Die Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen (KBF) hat die Beschwerlichkeit des Berufs anerkannt. Aufgrund des schnellen Arbeitsrhythmus am Fließband, des Lärms, der Hitze, der Feuchtigkeit, der physischen Belastung durch die Arbeit auf Emporen und Gitterrosten, der bei der Kontrolle jedes einzelnen geschlachteten Tiers notwendigen Konzentration sowie den unregelmässigen Arbeitszeiten und der Wochenendarbeit sind die Fleischkontrolleurinnen und Fleischkontrolleure grossem Stress ausgesetzt.



**FRANÇOIS ROUBATY**  
**UNTERHALTSELEKTRIKER (PENSIONIERT)**  
**STAAT FREIBURG**

**EHEMALIGER PRÄSIDENT DER VEREINIGUNG DER FÜR DIE NATIONAL-  
STRASSEN ZUSTÄNDIGEN STRASSENUNTERHALTSPOLIERE**

# "IN EINER KRISE VERLÄSST MAN SICH AUF DAS PERSONAL DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES"

**François Roubaty ist seit 20 Jahren Unterhaltselektiker beim Kanton Freiburg und setzt sich schon seit Anfang seiner Berufslaufbahn für die Verteidigung der Rechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Er war Präsident der Vereinigung der für die Nationalstrassen zuständigen Strassenunterhaltspolier. Während 15 Jahren sass er zudem für die SP im Grossen Rat.**

## Wie haben Sie die Arbeit im öffentlichen Dienst während der Corona-Krise erlebt?

Die Angestellten im Bereich Nationalstrassen – um den Bereich zu nehmen, den ich gut kenne – haben wie vor der Krise weitergearbeitet. Das war der Fall bei vielen Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes: Sie mussten während der Krise weiterarbeiten, um für die Bevölkerung notwendige Aufgaben wahrzunehmen.

Ich denke, dass die Pandemie das Leben aller Angestellten im öffentlichen Dienst erschwert hat. Die Unsicherheit hat zu viel Stress geführt und trotzdem musste man sich weiterhin ohne Einschränkung einsetzen – sogar wenn man wusste, dass man mit infizierten Personen in Kontakt kommen könnte. Das konnte ich auch bei meiner Tochter feststellen, die in Spitälern arbeitet. Die Angestellten des öffentlichen Dienstes standen unter grossem Druck. Sie mussten trotz allem ihre Pflichten wahrnehmen und mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie sich sehr genau an alle Sicherheitsregeln hielten. Man darf die Anspannung, unter denen diese Leute auf dem Höhepunkt der Krise standen, keinesfalls unterschätzen.

**Sie verfügen über langjährige Erfahrung im öffentlichen Dienst. Was ist Ihr Eindruck: Wie wurde die Arbeit des Staatspersonals wäh-**

## rend der Krise von der Bevölkerung wahrgenommen?

Ich weiss nicht, ob die Bevölkerung heute eine positivere Wahrnehmung hat, aber ich glaube, dass jede und jeder sich bewusst geworden ist, dass wir einen starken Service public brauchen und dass in unserem Land sehr viele Menschen im Dienst der anderen tätig sind. Die Kantonsangestellten sind dafür ein ausgezeichnetes Beispiel. Bei einer Krise verlässt man sich auf sie, denn es braucht immer Menschen an der Front.

## Wie stehen Sie zum Kompromiss, der für die Pensionskasse gefunden wurde?

Ein Kompromiss nach unten ist nie ein gutes Übereinkommen, aber es ist immerhin ein Übereinkommen! Die Angestellten im Bereich Nationalstrassen haben in ihrer Versammlung gemeinsam für den vom Staatsrat unterbreiteten Kompromiss mit den von Anfang an von der FEDE verteidigten Verbesserungen gestimmt. Die betroffenen Mitarbeitenden sind für den Kompromiss, weil sie einfach nicht auf den Beitrag des Kantons zur Sanierung verzichten können.

Sie befinden sich in den Gehaltsklassen 8 und 9. Die Finanzierung, die der Staatsrat vorgeschlagen hat und über die das Volk abstimmen wird, ist absolut notwendig, damit die Angestellten nach dem Errei-

chen des Rentenalters anständig leben können. Sie können nicht auf diesen Beitrag verzichten und möchten nicht riskieren, dass die Reform abgelehnt wird.

Sollte sich die Freiburger Bevölkerung gegen die Vorlage des Staatsrats stellen, ist es sicher, dass sich die Bedingungen für ihre Pensionierung massiv verschlechtern. Das ist für Menschen, die ihr ganzes Leben lang anstrengende Arbeit im Dienst der Öffentlichkeit geleistet haben, nicht akzeptabel. Wenn man in einem solchen Beruf mit 65 pensioniert wird, ist man physisch erschöpft. Man verdient dann eine anständige Rente. Mit dem Vorschlag, den der Staatsrat dem Volk zur Abstimmung vorgelegt hat, ist ihre Rente gesichert.

## Mit welchen Argumenten möchten Sie die Bevölkerung überzeugen?

Eine Person, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet hat, verdient eine angemessene Rente, mit der sie oder er die Ausgaben bezahlen und zwar vielleicht bescheidener, aber in Würde leben kann! Ja, man muss davon angemessen leben können.

Ich würde sagen, dass die Angestellten die Garantie brauchen, dass sie regelmässig einen fixen Betrag erhalten, wenn sie das Rentenalter einmal erreicht haben. Das ist eine Motivation, dank der man Lebensfreude hat und weiter gerne arbeitet, nicht mehr und nicht weniger! ■



**GRÉGOIRE SEITERT**

**AMTSVORSTEHER UND KANTONSTIERARZT DAS AMT  
FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT UND VETERINÄRWESEN (LSVW)**

**PRÄSIDENT DER VEREINIGUNG DER HÖHEREN KADER UND  
MAGISTRATSPERSONEN DES STAATES FREIBURG (ACSM)**

# "WIR DIENEN DEM STAAT, UM DEM VOLK ZU DIENEN"

**Grégoire Seitert leitet als Amtsvorsteher und Kantonstierarzt das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen des Kantons Freiburg. Er ist zudem Präsident der Vereinigung der höheren Kader und Magistratspersonen des Staates Freiburg (ACSM). Er erzählt vom bemerkenswerten Einsatz der Staatsdienste während der Corona-Krise und äussert sich zur Sanierung der Pensionskasse.**

## **Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW) stand im Kampf gegen die Pandemie an vorderster Front. Warum?**

Wir verfügen über umfangreiche Erfahrung mit übertragbaren Krankheiten und Tierseuchen. Dank dieses Wissens konnten wir einen grossen Beitrag zur Bewältigung dieser vollständig neuartigen Krise von noch nie dagewesenem Ausmass leisten.

Ich selbst bin Doktor der Veterinärmedizin mit Spezialisierung auf Molekularbiologie im Bereich der DNA-Extraktion. In der Armee bin ich zudem innerhalb der Territorialdivision 1 für den Teilstab Pandemie (EMPPAN) für die Romandie und den Kanton Bern zuständig. COVID fiel also voll und ganz in mein Fachgebiet.

## **Wie war die Reaktion Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Ereignisse?**

Wir haben im Amt umgehend den Pandemieplan in Kraft gesetzt und alle Risikopersonen aufgefordert, im Homeoffice zu bleiben. Wir haben einen grossen Teil der Tätigkeiten des LSVW in den Lockdown versetzt und haben nur die Kontrolle des Trinkwassers und der Nutztiergesundheit sowie die Arbeit in den Schlachthäusern fortgesetzt.

Ich hatte einen freiwilligen Stab von 40 motivierten und hauptsächlich jungen Kadermitarbeitenden um mich – jung, weil wir uns um die äl-

teren grosse Sorgen machten – und durfte auf die wertvolle Unterstützung der Polizeischule und deren Kader zählen. Der Stab Gesundheits-hotline war dem Kantonalen Führungsstab (KFS) untergeordnet und hatte die Aufgabe, die Bevölkerung zu informieren und bei Fragen zur Epidemie zu beraten. Es galt, den Betrieb der Hotline sicherzustellen und um jeden Preis mit der Freiburger Bevölkerung in Verbindung zu bleiben und das HFR zu unterstützen.

Unser Personal hat sich vollständig engagiert und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Staatsdiensten war von Anfang bis Ende bemerkenswert. Wir brauchten niemandem zu erklären, dass wir alle am selben Strang und in dieselbe Richtung ziehen müssen.

Am 29. November stimmen die Freiburgerinnen und Freiburger über die Sanierung der Pensionskasse ab. Glauben Sie, dass die Corona-Krise diese Abstimmung beeinflusst?

Davon bin ich überzeugt. Bereits ausserhalb von Krisenzeiten liefert die Kantonsverwaltung der Bevölkerung täglich Antworten und leistet unterschiedlichste Dienste von hoher Qualität. Unsere Ämter leisten eine sehr gute Arbeit. Ich habe viel mit der Privatwirtschaft und mit Verwaltungen von anderen Kantonen und in anderen Ländern zu tun. Ich kann Ihnen versichern, dass die Arbeitsqualität der Freiburger Ver-

waltung ausgezeichnet ist. Wir sind immer sehr bevölkerungsnah.

Die Krise hat diese Nähe höchstens noch verstärkt. Nach dem Ausbruch der Krise habe wir alles unternommen, um den Freiburgerinnen und Freiburgern zu helfen, ohne uns je zu fragen, ob etwas noch in unseren Aufgabenbereich fällt, und das ganz unbürokratisch. Wir dienen dem Staat, um der Bevölkerung zu dienen. Während der Krise war das überdeutlich. Alle gingen neue Wege und engagierten sich vorbehaltslos. Die Krise hat unsere Verwaltung noch gestärkt!

## **Welche Vorteile hat der zur Abstimmung stehende Vorschlag für die Staatsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter?**

Die Lösung sorgt für eine stabile Pensionskasse bis ins Jahr 2052. Es handelt sich also um eine langfristige Investition in die Qualität des Service Public. Das neue System sorgt auch für mehr Gerechtigkeit zwischen den jüngeren und älteren Beitragszahlenden. Heute finanziert die junge Generation die Renten der Älteren. Mit dem Beitragsprimat wird das nicht mehr der Fall sein. Sicher werden alle Federn lassen müssen, doch zum Glück hält sich das in Grenzen. Es ist eine gerechte, pragmatische, ausgewogene und dauerhafte Lösung, zu der alle Staatsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter einen Beitrag leisten müssen. Um zu dieser Lösung zu gelangen, haben wir im Laufe von 26 Monaten in 15 Sitzungen über 30 verschiedene Varianten geprüft. Ich glaube deshalb, dass die vorgeschlagene Variante die bestmögliche für die Zukunft unserer Renten ist und dass sie einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienst sicherstellt.

## **Die Corona-Krise hat also gemäss Ihnen den starken Zusammenhalt**



### **in den Staatsdiensten deutlich gemacht. Wie hat sich das geäussert?**

Ich kann Ihnen das Beispiel der Hotline geben. Es ist schnell klar geworden, dass das HFR die Nachfrage nicht mehr allein bewältigen kann. So kamen wir auf die Idee, in den Räumlichkeiten des Amtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen eine Hotline einzurichten, weil wir wussten, dass man auf jeden Fall den Kontakt zu den Freiburgerinnen und Freiburgern halten muss. In nur fünf Tagen stellten wir die Hotline auf die Beine, denn die Zusammenarbeit mit dem HFR war von Anfang an ausgezeichnet. Unsere Kadermitarbeitenden hatten jeden Morgen um 8.30 Uhr eine Sitzung mit den Infektiologen des HFR und jeden Tag tauschten wir uns darüber aus, was wir am Vortag erlebt hatten.

### **Wer waren die Personen, welche die Anrufe der Freiburger Bevölkerung entgegennahmen?**

Wir stellten 120 externe Mitarbeitende für die Anrufannahme ein: Pflegestudierende im dritten Jahr und Medizinstudierende im vierten Jahr. 25 Pflegefachpersonen und 5 Bereitschaftsärztinnen und -ärzte standen als Back-up im Einsatz. Die Hotline war vom 13. März bis zum 12. Juni 2020 sieben Tage die Woche von 8 bis 23 Uhr offen. Bei jedem Anruf eröffneten wir eine Patientendatei für das HFR und notierten darin alles, was besprochen wurde. So konnten wir die Leitung der gesamten ärztlich delegierten Triage vor dem HFR übernehmen. Zwischen dem 13. März und dem 12. Juni bearbeiteten wir 8700 Anrufe und 535 Hospitalisierungen und wir boten in 120 Fällen in Zusammenarbeit mit den mobilen Teams für psychosoziale Notfälle und den Psychiatrienotfällen psychologische Unterstützung.

Wir erlebten natürlich auch schreckliche Situationen. Die Hotline-Mitarbeitenden hörten viele dramatische

Geschichten. Sie konnten auch psychologische Unterstützung in Anspruch nehmen.

Punkto Auslastung der Hotline (wir hatten 20 Linien) war der schlimmste Tag der Freitag, der 13. März – der Tag der Lancierung der Hotline. Gleichentags wurde die Schliessung der Schulen bekanntgegeben. Eltern, Kinderkrippen, Arbeitgeber – alle riefen gleichzeitig an.

Täglich um 23 Uhr gab es einen Informationsrapport über alle hospitalisierten Personen, die Anliegen der Freiburgerinnen und Freiburger am entsprechenden Tag und die Art der Anrufenden. Das war eine Art allgemeiner Informationsaustausch. Die Informationen wurden danach den zuständigen Stäben weitergeleitet.

### **Ihr Amt ist auch neue Wege gegangen, um Lösungen in Bereichen zu finden, in denen es noch keine gab...**

Wir gingen bis zu fünfmal täglich ans HFR, um die Situation zu begutachten, zu antizipieren, uns Gedanken über zukünftige logistische Probleme zu machen und vor allem unseren Partner, das HFR, zu unterstützen. Wir redeten jeden Sonntag stundenlang mit den Chefärztinnen und Chefärzten des Spitals, um neue Ideen für eine bessere Betreuung der Anrufenden zu suchen. Unsere Feststellungen in den ersten Tagen der Krise ermöglichten uns, einige Projekte und Baustellen in Angriff zu nehmen, was in den meisten Fällen zum Erfolg führte.

Am 2. März hatten wir in Freiburg nur sehr wenige von den Tupfern, die für Nasenabstriche und COVID-19-Tests notwendig sind. Wir gründeten eine Organisation der nicht-deutschsprachigen Gebiete für die Beschaffung von strategischem Material, z. B. Tupfern, Tests und Verbrauchsmaterial in grossen Mengen. Es gelang uns beispielsweise, uns 10'000 der begehrten Tupfer aus der Fabrik in Brescia liefern zu lassen – und das auf einem Markt, auf dem

sich alle um dieses Material rissen.

Glücklicherweise verfügten die Veterinärämter in der Schweiz über viel Material für das Testen auf Rinderkrankheiten, unter anderem Sets für die Erkennung von 20 verschiedenen Krankheiten. Eine der Krankheiten, die wir bei Rindern am häufigsten testeten, ist die Bovine Virusdiarrhoe, kurz BVD, dessen Erbgut wie das der Coronaviren in Form einer einzelsträngigen RNA vorliegt. Die Testgeräte sind also dieselben, man muss im Inneren nur ein paar «Legosteine» verändern (PCR-Kit) und die Linie anpassen. Da der Kanton nicht genug Testkapazitäten hatte, eröffneten wir in unseren Räumlichkeiten ein COVID-19-Testzentrum. Es wurde vom HFR und von Swissmedic zugelassen. Wir arbeiteten auch mit einer weiteren Partnereinrichtung des HFR für die Tests zusammen, mit dem SICHH.

### **Können Sie uns erklären, wie Sie in der Veterinärmedizin eingesetzte Testgeräte für die Humanmedizin umgerüstet haben?**

Die in der Humanmedizin eingesetzten Extraktionsautomaten waren natürlich nicht mehr lieferbar. Aber man findet gleichwertige Extraktionsautomaten für die Veterinärmedizin, die viel weniger kosten. Wir kauften welche und zwei meiner Kaderleute, die selbst an Covid-19 erkrankt waren und eben erst wieder arbeiteten (siehe Kasten), bauten innerhalb von fünf Tagen ein Covid-19-Testzentrum auf und erhielten die Zulassung von Swissmedic für die Tests. Ab Woche 23 konnten wir Tests durchführen und damit die Kapazitäten im Kanton und des HFR erhöhen. Bis heute haben wir gesamthaft 3'900 Tests durchgeführt und wir machen damit in grossem Umfang weiter, solange der Bedarf aufgrund der Krise vorhanden ist.

Das LSVW stellte ab Anfang März in seinem Chemielabor auch einige Tonnen Desinfektionsmittel in kleinen Flaschen gemäss dem

Rezept der WHO her, um die kantonalen und kommunalen Organisationen zu beliefern. Wir hatten das Glück, 100'000 Fläschchen auf Vorrat zu haben, als alle Desinfektionsmittel suchten.

Das LSVW hat zwischen dem 13.03.20 und dem 21.04.20 auch eine kantonale Fernmedizinlösung und das Material dazu entwickelt, um es dem HFR zu übergeben.

### Was haben Sie aus der Krise über die Freiburger Bevölkerung gelernt?

Vor allem – würde ich sagen – hat sie mir die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen, des Staates und auch unserer Expats bestätigt, sich gegenseitig zu

helfen. Wir haben alle zusammengearbeitet. In einer solchen Krise zählt das bereichsübergreifende Denken und der Freiburger Geist!

Ich gebe Ihnen Beispiele. Wir hatten grosse Mühe, Ethanol für das Desinfektionsmittel zu beschaffen. Wir haben es, dank unseren Kontakten in Freiburg, dort geholt, wo man es findet: in den Parfümerien.

Wir konnten auch auf die unglaubliche Unterstützung von UCB Farchim zählen. Das Unternehmen schenkte dem Kanton dutzende Tonnen Desinfektionsmittel. Die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg stellte uns vom 15. März bis zum 30. Juni 15 Mitarbeitende zur Verfügung – Chemiker\*innen und Laboran-

tinnen und Laboranten – die diese Tonnen in Gefässe von 20 Litern, 10 Litern, 5 Litern oder 500 ml für Schulen, Risikoinstitutionen und Verwaltungen abfüllten.

Wir konnten auch vom Netzwerk der Auslandsfreiburger profitieren, das uns äusserst wertvolle Dienste bei der Beschaffung und Sicherung von strategischem Material und dessen Transport leistete.

Ich ziehe auch den Hut vor und sage DANKE an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stabs, unsere Externen, das HFR und alle staatlichen Stellen, die in einem so historischen Augenblick alles für das Wohl der Freiburger Bevölkerung gegeben haben. ■

## 35 VON 40 KADERMITARBEITENDEN MIT COVID-19 INFIZIERT

Von den 40 Kadermitarbeitenden, die weiterhin in den Räumlichkeiten des Amtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen arbeiten, während ihre Kolleginnen und Kollegen im Homeoffice waren, erkrankten 27. Acht weitere entwickelten Antikörper, ohne Symptome zu zeigen. Gesamthaft infizierten sich somit 35 von 40 mit COVID-19. «Wir waren zwischen dem 15. und dem 26. März krank», erklärt Grégoire Seitert. Da wir 20 Stunden täglich arbeiteten und an COVID-19 erkrankt waren, ging es uns wirklich schlecht. Am 26. März verriegelten wir das Gebäude und Sicherheitsexperten kamen, um die Lüftungskanäle zu verschliessen

und den Minergiebetrieb des Gebäudes einzustellen.» Nach dem 30. März hatten wir keinen Corona-Fall mehr.» Von den 27 erkrankten Personen litten vier unter schweren Symptomen. Heute sind alle zurück an der Arbeit. Die durchschnittliche Abwesenheitsdauer betrug 23 Tage. Grégoire Seitert selbst verbrachte 42 Tage in einem Hotelzimmer – einen Teil davon in Quarantäne –, um seine junge Familie keinem Risiko auszusetzen. Ein ganzes Stockwerk des Hotels war für die mit COVID-19 infizierten Kadermitarbeitenden abgeriegelt, damit sie weiter ihren vollen Einsatz für den Staat und die Bevölkerung erbringen konnten.

# GESICHTER

DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

### KONTAKT

Bernard Fragnière 079 707 18 39  
Gaétan Emonet 079 607 95 52

